

Landtagswahl 2024 Thüringen

Fragen (und Forderungen) des Gaststättenverbandes DEHOGA mit der Bitte um klare Antworten zu den dringlichen Herausforderungen für die Branche :

(bis 15.08.)

Forderungen an die Thüringer Landespolitik

- Wettbewerbsfähigkeit des Thüringer Gastgewerbes erhalten
- Belastungen für das Gastgewerbe senken und nicht weitere Abgaben erheben
- Endlich wirksam und nachhaltig Bürokratie abbauen
- Tourismus nachhaltig stärken
- Ausbildung im Gastgewerbe weiter unterstützen

Fragen:

1. Wettbewerbsfähigkeit des Tourismus

Welche Bedeutung, vor allem in finanzieller Sicht, werden Sie im Rahmen der Haushaltsplanung für den Thüringer Tourismus sichern?

Wie werden Sie zukünftig die Branchenförderungen weiterführen oder ausbauen?

Antwort:

Wir sehen die Potenziale im Tourismus in Thüringen bei weitem noch nicht ausgeschöpft. Für Thüringen muss eine gesamtheitliche Marketingstrategie entwickelt werden, die Erlebniswelten wie Naturerlebnis, Entschleunigung, Familienurlaub und Gesundheits- bzw. Sporttourismus innovativ besetzt und vermarktet. Dazu sehen wir aktuell Ansätze, die es weiterzuentwickeln gilt. Wir können ein Urlaubsland für alle sein. Wichtig ist dazu aber, dass wir alles, mit dem wir hier punkten können, zu einer gemeinsamen Thüringer Markenidentität verbinden, die neu und nachhaltig ist. Was fehlt, ist also ein ganzheitliches Konzept, das mit Gewichtung und Ausrichtung regionaler Schwerpunkte überzeugt.

Aufgabe des Freistaates ist es, die Rahmenbedingungen zu schaffen.

Beim Förderprogramm Gastro-Invest ist es unser Anliegen, den Schwellenwert von 100.000 € abzusenken, so dass auch Unternehmer, die weniger investieren möchten oder brauchen, aber gesellschaftlich wichtige Anliegen umsetzen (z.B. Gastronomieübernahmen im ländlichen Raum oder Ortskernen) ebenfalls in den Genuss der Förderung kommen.

Geplant sind zeitnah Gespräche, u.a. mit der Kommunalen Arbeitsgruppe der derzeit 27 Thüringer staatlich anerkannten Erholungsorte und dem Thüringer Heilbäderverband, um

gemeinsam mit den Tourismusexperten zu schauen, wo eine Aufstockung von Mitteln oder ein anderes Programm am effektivsten nutzbringend eingesetzt werden kann.

2. Maßnahmen gegen Kneipensterben

Was werden Sie tun, um das Gastgewerbe im Freistaat Thüringen zu unterstützen und das Kneipensterben aufzuhalten?

Antwort:

Das BSW Thüringen plant eine Gründer- und Nachfolgeoffensive, die mehr Gaststätten in die Innenstädte, aber vor allem in den ländlichen Raum bringen soll. Wir wollen finanzielle Anreize schaffen, um wieder mehr Begegnungsorte in Kneipen zu haben, in denen sich das soziale Leben abspielen kann. Dazu wollen wir Modellprojekte unterstützen, bei denen nicht nur eindimensional gedacht wird, die mehr Flexibilität, wie Mehrfachnutzungen ermöglichen, zum Beispiel einen Dorfladen kombiniert mit einem kleinen Café.

Hierfür ist unter anderem das Budget der regionalen Arbeitsgemeinschaften (RAGs) überarbeitungswürdig oder deren Verlängerung über 2027 hinaus mit einem Förderzweck zielgerichtet auch für Gastronomie.

Wir unterstützen die Gründung von Genossenschaften oder den Einsatz von Vereinen, die dem Leerstand aktuell nicht genutzter Gasthäuser entgegenwirken sollen und von engagierten Akteuren saniert werden, um sie dann selbst zu bewirtschaften oder einem Betreiber zur Miete anzubieten, was die Attraktivität des jeweiligen Ortes nachhaltig erhöht. Hier wollen wir mit verbesserten Rahmenbedingungen gezielt unterstützen.

3. Mehrwertsteuer auf Speisen

Werden Sie einen neuen Antrag im Bundesrat zur dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen in der Gastronomie stellen?

Antwort:

Die Anhebung der Mehrwertsteuer hat der Gastronomie geschadet. Als BSW treten für einen funktionierenden Staat ein, der die Unternehmer nicht gängelt, sondern unterstützt. Deshalb stehen wir für einen neuen Antrag im Bundesrat zur dauerhaften Senkung der Mehrwertsteuer auf Speisen und die Gleichbehandlung der Höhe - unabhängig von Zubereitung und Verzehrort.

4. Arbeitszeit

Können Sie sich vorstellen, die Branchenforderung nach einer wöchentlichen Höchst Arbeitszeit von 48 Stunden, so wie von der EU normiert, statt einer täglichen Höchst Arbeitszeit von 10 Stunden, beispielsweise durch eine Bundesratsinitiative, zu unterstützen?

Antwort:

Ja, wir unterstützen flexible, bedarfsgerechte Arbeitszeitmodelle, die sich an den Bedürfnissen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer orientiert. Wichtig ist uns, dass diese Flexibilität Jobs im Gastgewerbe attraktiver macht und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unterstützt.

5. Touristische Abgaben

Werden Sie sich dafür einsetzen, eine Begrenzung der Tourismusabgaben auf einen Tourismus- und Kurbeitrag im Kommunalabgabengesetz zu normieren und weitere Abgaben, wie Bettensteuern u.ä. ausschließen?

Antwort:

Als Bündnis Sagra Wagenknecht sind wir gegen eine zusätzliche Belastung mittelständischer Unternehmen. Ziel muss eine Entlastung bzw. Reduzierung der Abgabenlast sein, auch und vor allem einhergehend mit dem Abbau von Bürokratie.

6. Thüringer Feiertagsgesetz - Stille-Tage-Regelung flexibilisieren

Wie stehen sie zur Änderung der Regelung bezüglich der stillen Tage?

Antwort:

Zeiten für Ruhe, Besinnung und Einkehr sind wichtig, doch sollte der Staat auch hier nicht in die unternehmerische Freiheit eingreifen, indem er das vorschreibt.

7. Finanzierung Schulen in freier Trägerschaft in Thüringen

Wie stehen Sie zur Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft und zum Sachverhalt? (Sommer 2022: neuen Auffassung des TMBJS zur Auslegung der Finanzhilfe für die Schulen in freier Trägerschaft - Verletzung des Art. 3 GG sowie des Vertrauensschutzes sagt DEHOGA Aufwendungen werden nicht mehr anerkannt, gleichwohl sie nach dem Wortlaut des § 18 ThürSchFTG anzuerkennen sind)

Werden Sie die Zusatzqualifikation von Lehrkräfte und Ausbilder auch bei freien Trägern zukünftig forcieren?

Antwort:

Die Komplexität, die sich schon im Text der Fragestellung ausdrückt, zeigt wie wichtig es ist, miteinander ins Gespräch zu kommen. Aus- und Weiterbildung ist ein wesentliches Politikfeld, das wir priorisieren und fördern wollen, und zwar unabhängig davon, ob staatliche oder private Träger diese wichtige Aufgabe leisten. Um eine substanzielle Entscheidung in der Sache treffen zu können, halten wir eine direkte Abstimmung für sinnvoll und erforderlich.